



Presseschau vom 31.05.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Libysche Banknoten gefälscht? Russland weist US-Vorwürfe vehement zurück**

Russland hat die Vorwürfe der USA bezüglich einer angeblichen Fälschung libyscher Banknoten entschieden zurückgewiesen. Demnach handelt es sich um legal gedrucktes Geld, das auf einem Vertrag zwischen dem russischen staatlichen Unternehmen „Gosnak“ und der libyschen Zentralbank beruht.

Zuvor hatte das US-Ministerium mitgeteilt, dass die Sicherheitsbehörden in Malta mutmaßlich von Russland gefälschte libysche Banknoten im Wert von 1,1 Milliarden US-Dollar sichergestellt hätten. Moskau nahm diesbezüglich Stellung.

„Falsch sind hier nicht die libyschen Dinar, sondern die amerikanischen Äußerungen“, teilte das russische Außenministerium am Samstag mit.

Der Vertrag zum Druck dieser Banknoten sei 2015 zwischen der russischen Aktiengesellschaft Gosnak und dem Chef der Zentralbank von Libyen unterzeichnet worden. Die Notenproduktion sei auch nötig gewesen, um die Wirtschaft am Laufen zu halten, hieß es unter anderem.

Vor dem Hintergrund einer Doppelherrschaft gebe es in Libyen auch gegenwärtig zwei Zentralbanken. Eine befinde sich in der Hauptstadt Tripolis, wo die international anerkannte Regierung von Fajis al-Sarradsch die Kontrolle habe. Die zweite Bank befinde sich in Bengasi. Ihr Leiter sei vom Abgeordnetenrat Libyens gewählt worden und damit stelle die Zentralbank auch international eine legitime Institution dar. Moskau setze sich ausschließlich

für eine Beilegung des Konfliktes in Libyen ein, so das russische Außenministerium abschließend.

Die USA betrachten Russland als eine der Konfliktparteien in Libyen und werfen Moskau vor, die Libysche Nationale Armee des Feldmarschalls Khalifa Haftar zu unterstützen. Russland hat wiederholt Berichte über die Teilnahme am Libyen-Konflikt zurückgewiesen.

Stellungnahme von Gosnak

Das russische Staatsunternehmen Gosnak kritisierte in einer Stellungnahme, dass die maltesischen Behörden das rechtmäßig gedruckte Geld illegal beschlagnahmt hätten. Das sei ein Verstoß gegen internationales Recht. Die Expertenkommission zu Libyen im UN-Sicherheitsrat habe in der Druckauflage keinen Verstoß gegen Sanktionen gesehen, betonte der Staatsbetrieb.

Die maltesischen Behörden hätten die Container bereits im September 2019 beschlagnahmt und trotz mehrfacher Aufforderungen keine Erklärung zum Verbleib des Geldes abgegeben. Erst im diesem Jahr hätten die Verantwortlichen reagiert, doch die Umstände der Zusammenarbeit zwischen Gosnak und der libyschen Zentralbank seien verzerrt dargestellt worden.

Lage in Libyen

Libyen geriet 2011 nach dem Sturz seines jahrzehntelangen Staatsoberhauptes Muammar al-Gaddafi in eine bis heute andauernde Krise. Unzählige Milizen kämpfen seitdem in Libyen um Macht und Einfluss.

Die von der Uno anerkannte Regierung von Fajis al-Sarradsch in Tripolis kontrolliert den Westen des Landes und befindet sich in einem Dauerkonflikt mit der Libyschen Nationalarmee von Chalifa Haftar. Letztere kooperiert mit dem vom Volk gewählten Abgeordnetenrat im Osten Libyens.

de.sputniknews.com: Idee gestohlen? Forbes wirft Russland Nachbau der französischen „Mistral“ vor

Russlands neue amphibische Angriffsschiffe des Projekts 23900 stellen laut dem US-Magazin „Forbes“ einen Klon der französischen Hubschrauberträger der „Mistral“- Klasse dar.

„Wenn du es nicht kaufen kannst, stiehl es. Das ist Russlands Ansatz zur Schaffung neuer amphibischer Angriffsschiffe, sechs Jahre nachdem Frankreich den Verkauf der Universalschiffe (an Russland – Anm.d.Red.) absagte“, so die Zeitschrift.

Wegen der Spannungen zwischen Russland und dem Westen in der Ukraine-Krise hatte Frankreich die Lieferung eines bereits angezahlten Kriegsschiffs 2014 ausgesetzt. Der Bedarf Russlands an einem modernen Angriffsschiff mit seiner größeren Kapazität und den Luftverkehrseinrichtungen war jedoch offensichtlich.

„Wenn solche Schiffe gebaut werden, wird ihr Bau zweifellos von den kurzen Erfahrungen geprägt, die die Russen im Rahmen des Mistral-Vertrags vor seiner Kündigung mit den Franzosen gesammelt haben“, zitiert das Blatt einen Beitrag des US-amerikanischen Center for Naval Analyzes.

Die Tatsache, dass Russland das Mistral-Design kopieren wolle, bedeutet laut der Zeitschrift nicht, dass es auch gelingen wird. In den letzten Jahren habe die russische Schiffbauindustrie Probleme damit, „ein Schiff zu bauen, das größer als eine Fregatte ist“.

Am 22. Mai berichteten die russischen Medien, der Kreml habe mit der Werft in Kertsch auf der Krim einen Vertrag über 1,4 Milliarden US-Dollar abgeschlossen, um zwei Angriffsschiffe des Projekts 23900 zu bauen.

Russland hatte zwei französischen Hubschrauberträger im Wert von rund 1,2 Milliarden Euro im Juni 2011 bestellt. Wegen des angeblichen russischen Vorgehens in der Ukraine stoppte Frankreich 2014 die Lieferung jedoch nach internationalen Protesten. Danach verhandelten beide Seiten monatelang über die Rückzahlung der Vorkasse.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/31617/63/316176398_0:275:4000:2435_1000x0_80_0_1_8f8eb7e755e9590aa04c0b5dc21dbfd4.jpg.webp

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 30. Mai wurde kein Beschluss von Seiten der BFU auf das Territorium der LVR festgestellt.

de.sputniknews.com: **Trump will G7-Gipfel auf September verschieben und Russland dazu einladen**

US-Präsident Donald Trump hat am Samstag (Ortszeit) seine Pläne verraten, den Gipfel der G7-Gruppe vorzugsweise auf September zu verschieben und vier Nichtmitgliedsländer einschließlich Russland zum Treffen einzuladen.

„Der Präsident gab uns einige Neuigkeiten über die G7 zu Protokoll. Er verschiebt das Gipfeltreffen auf September und plant, Russland, Südkorea, Australien und Indien einzuladen“, teilten Journalisten vom sogenannten Präsidentenpool mit. Die Reporter begleiten den US-Staatschef und geben die Informationen dann an andere Medien weiter. Später habe Trump vorgeschlagen, das Gipfeltreffen auf die Zeit nach den Wahlen im November zu verschieben, habe jedoch geäußert, dass ein „guter Zeitpunkt“ vor der Wahl wäre.

„Ich habe nicht das Gefühl, dass die Gruppe als G7 das, was in der Welt vor sich geht, richtig repräsentiert. Es ist eine sehr veraltete Gruppe von Ländern“, sagte Trump am Samstagabend in einem Gespräch mit Reportern an Bord der Air Force One, als er von Cape Canaveral, Florida, nach Washington, D.C., zurückkehrte. In Cape Canaveral hatte Trump den Start des bemannten Space-X-Raumschiffs Crew Dragon zur Internationalen Raumstation ISS live verfolgt.

Dem Pool-Bericht zufolge verwies die Direktorin für strategische Kommunikation im Weißen Haus, Alyssa Farah, darauf, dass ein Gipfel der erweiterten Ländergruppe traditionelle Verbündete der Vereinigten Staaten zusammenbringen würde, damit sie über den Umgang mit China diskutieren könnten. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32725/41/327254115_0:0:3072:1662_1000x0_80_0_1_87d826e123a8861aea8f2a69e8f51c09.jpg.webp

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 30. Mai 3:00 Uhr bis 31. Mai 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 1. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Spartak.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 8.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 14.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Seifenfabrik in Aleppo wieder in Betrieb

Die Syrer haben in der nördlichen Region Aleppo eine von Militanten zerstörte Seifenfabrik wiederhergestellt. Die Produktion in al-Muslimiyah stellt jetzt nicht nur die traditionelle Seife, sondern auch Waschpulver und Hygienemittel für die syrischen Streitkräfte her.

„Die Fabrik hatte jahrelang unter Kontrolle der Militanten gestanden, die hier alles, was sie konnten, ruiniert oder gestohlen hatten“, sagte Fadi Hadschal, Kommandeur einer Einheit der syrischen Armee, die am Wiederaufbau der Fabrik beteiligt war.

Jetzt werde in der Fabrik eine breite Palette von Hygieneprodukten produziert, die auf dem Markt gefragt sei.

Wegen der Sanktionen habe die Fabrik neue Zulieferer suchen müssen. So werde etwa Natriumhydroxid nicht wie früher aus Deutschland, sondern aus Russland bezogen, erzählte der Chefindingenieur der Fabrik, Saffar Kattan.

„Wir sind sehr stolz, weil wir jetzt Waschpulver für weiße Wäsche produzieren können.“ Das größte Problem sei das Fehlen wichtiger Komponenten. „Wir müssen deshalb nach zugänglichen Ersatzstoffen suchen“.

Die Fabrik stellt unter anderem die traditionelle Aleppo-Seife her, die über den ganzen Sommer reifen muss und dabei ihre Farbe ändert.

„Die grüne Seife da ist frisch, die braune dort ist gereift“, erklärte Produktionsleiterin Jassmin Moderati. „Wir produzieren hier drei Sorten, die sich bei der Menge von Lorbeerextrakt unterscheiden.“



https://cdn.de.sputniknews.com/img/32637/17/326371757_0:182:3072:1844_1000x0_80_0_1_d3d91260dcd894d6c0e9d4edddf6c0c7.jpg.webp

Dnronline.su: In den letzten 24 Stunden wurden in der DVR sieben neue Fälle von Coronavirusinfektionen festgestellt, teilt das Gesundheitsministerium mit.

Alle positiven Fälle sind Kontaktpersonen zu zuvor Erkrankten, darunter zwei medizinische Beschäftigte und ein Kind, ein Mädchen, die mit ihrem Großvater in Kontakt war, bei dem zuvor COVID-19 entdeckt wurde. Derzeit ist der Zustand aller Patienten zufriedenstellend, alle erhalten die notwendige ärztliche Behandlung.

Am 31. Mai am Morgen sind in der DVR insgesamt 539 Fälle von Infektion registriert. 387 Patienten sind derzeit in Behandlung, 134 als gesund entlassen, es gibt 18 Todesfälle.

de.sputniknews.com: USA werden bald die „großartigsten Waffen“ in der Geschichte haben – Trump

Nach dem Start der Raumkapsel Crew Dragon vom Weltraumbahnhof Cape Canaveral im US-Bundesstaat Florida hat US-Präsident Donald Trump bei seiner Rede angekündigt, dass bald die „großartigsten Waffen“, die die Geschichte jemals gekannt haben soll, entwickelt werden würden.

„Wir haben den Neid der Welt geweckt, und bald werden wir auf dem Mars landen, und bald werden wir die großartigsten Waffen haben, die man sich in der Geschichte je vorstellen konnte. Ich habe bereits Entwürfe gesehen und kann es selbst nicht glauben“, zitiert ihn das Webportal SpaceNews.

Der US-Staatschef präzisierte jedoch nicht, auf welche Waffen er sich dabei bezog. Trumps Rede wurde auf dem Twitter-Account des Weißen Hauses übertragen.

Am Samstag hatte eine Rakete Falcon 9 des US-Unternehmens SpaceX das Raumschiff Crew Dragon mit den Nasa-Astronauten Bob Behnken und Douglas Hurley erfolgreich auf die Erdumlaufbahn gebracht. Die Kapsel soll am Sonntag an die Internationale Raumstation ISS andocken.

Trump gratulierte dem SpaceX-Gründer Elon Musk zum erfolgreichen Start, den er als eine „triumphale Rückkehr zu den Sternen“ bezeichnete.

Mitte Mai hatte der US-Präsident die Entwicklung einer „Super-Duper-Rakete“, die die schnellste Hyperschallrakete der Welt werden soll, angekündigt.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Roskosmos erwägt Beförderung russischer Kosmonauten zur ISS mit Musks Schiffen**

Die russischen Kosmonauten könnten laut dem Sprecher der russischen Weltraumbehörde Roskosmos, Wladimir Ustimenko, künftig mit US-Raumschiffen „Crew Dragon“ und „Starliner“ zur Internationalen Raumstation ISS fliegen.

„Alles wird in Plänen für das weitere Zusammenwirken behandelt“, teilte Ustimenko am Sonntag in Moskau mit.

Roskosmos sei bereit, dieses Thema mit der Nasa zu besprechen. Im Falle einer erfolgreichen Zusammenarbeit würden die Amerikaner weiterhin mit den russischen „Sojus“-Raumschiffen fliegen. Als nächstes soll die US-Astronautin Kathleen Rubins im Oktober an Bord einer Sojus-Kapsel zur ISS reisen – für 90,2 Millionen US-Dollar. Roskosmos-Chef Dmitri Rogosin hatte aber auch gesagt, dass durch künftig von den USA nicht genutzte Plätze Russland wieder mehr eigene Kosmonauten ins All bringen könne. Das sei auch für die Weltraumforschung gut.

Russland beglückwünscht USA zum „Crew Dragon“-Start

Die Raumfahrtnation Russland hat die USA zu ihrem Erfolg beim Start des bemannten „Crew Dragon“ zur Raumstation ISS beglückwünscht. Durch die neue Möglichkeit in den USA könnten die Länder nun die Anwesenheit ihrer Teams auf der ISS sicherstellen, schrieb Ustimenko im Kurznachrichtendienst Twitter.

Russland hatte seit Jahren sämtliche US-Astronauten, aber auch Raumfahrer anderer Länder zum Außenposten der Menschheit in 400 Kilometern Höhe gebracht. „Jetzt werden nicht nur Russen zur ISS fliegen, sondern auch Amerikaner. Das ist wunderbar!“, sagte Ustimenko.

„Im Kosmos ist schon alles passiert, und es ist unabdingbar, mindestens zwei Transportsysteme zu haben“, teilte Ustimenko am Sonntag in Moskau mit. In den vergangenen Jahren waren die Russen die einzigen, die in der Lage waren, Menschen zur ISS zu bringen.

Die Russen waren die ersten, die mit ihrer Technik ins Weltall vordrangen. Der Kosmonaut Juri Gagarin war 1961 der erste Mensch im Weltraum. Ustimenko sagte am Sonntag, dass Russland nicht auf der Stelle treten und sein eigenes Mondprogramm verfolgen werde. Zudem sollen in diesem Jahr zwei neue Raketen getestet werden. „Das wird interessant“, sagte er. Am Samstag schickte Elon Musks Raumfahrt-Unternehmen SpaceX vom Weltraumbahnhof Cape Canaveral in Florida die erste bemannte Rakete zur ISS. Die US-Raumfahrer Robert Behnken und Douglas Hurley hoben am Samstag vom Weltraumbahnhof Cape Canaveral ab. Am Sonntag sollen die beiden Astronauten an der ISS andocken und dort rund einen Monat bleiben. Den Start verfolgten Millionen Menschen am Samstagabend live im Fernsehen. Auch das Andockmanöver an die Raumstation ISS kann live verfolgt werden.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/31772/08/317720807_0:169:2295:1408_1000x0_80_0_1_a2c86bf6c690af932bacbab689396716.jpg.webp

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 31.05.2020**

Nach Angaben, die von den Beobachtern der Vertretung der DVR im GZKK erfasst wurden, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **in den letzten 24 Stunden einmal das Feuer auf das Territorium der Republik eröffnet.**

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 57. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Mischantschuk **Spartak** mit 120mm-Mörsern beschossen und acht Geschosse abgefeuert. Informationen über Opfer unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zu dem Fallen von Beschuss wurden den Vertretern der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen den Kommandeur der 57. der BFU Mischantschuk hinzuzufügen.

Unsere Aufklärung verfolgt weiter die **Verlegung von Kräften und Mitteln des Gegners.** Vor dem Hintergrund der Rotation der Verbände der BfU in der OOS-Zone **versuchen ukrainische Kämpfer Nutzen aus diesem Krieg zu ziehen** und mehr Wertsachen mit sich in die Tiefe des Landes zu nehmen, die verkauft werden können.

So haben im Verantwortungsbereich der 58. Brigade im Gebiet von Konstantinowka Mitarbeiter des SBU Soldaten der Brigade in ziviler Kleidung festgenommen, die in einem Auto vom Typ Toyota fahren. Bei den Festgenommenen wurden mehr als 5000 Patronen für AK-74-Maschinenpistolen konfisziert. Bei der Ermittlung wurde entdeckt, dass die beiden Soldaten Jaremtschuk und Storoshila auf Anweisungen des Kommandeurs des 2. Bataillons handelten und seine persönlichen Fahrer sind.

Dies ist nicht der erste derartige Fall eines Versuchs von Munitions- und Waffenschmuggel. Diese Fälle werden von Mitarbeitern des SBU systematisch entdeckt und später als Berichte an den Stab der OOS vorgelegt. Im Zusammenhang damit hat der Kommandeur der OOS Krawtschenko Anweisungen gegeben, die Checkpoints im Verantwortungsbereich der 58. Brigade durch Vertreter des militärischen Rechtsordnungsdienstes zu verstärken.

Es muss angemerkt werden, dass solche Fälle auch in anderen Brigaden der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ stattfanden. So ist im Verlauf der Rotation der Einheiten der 28. Brigade im Stab der Brigade ein großer Mangel an Brennstoff für die Verlegung der Technik und des Personals an die Verladestation „Konstantinowka“ festzustellen. Ursache dafür ist eine Absprache des Brigadekommandeurs Martschenko, des stellvertretenden Kommandeurs, zuständig für die rückwärtige Versorgung, und des Leiters des Treibstoffdienstes zur Abschreibung von Treibstoff auf Übungsmaßnahmen, um diesen dann an die örtliche

Bevölkerung zu verkaufen.

Die **fehlende Vorbereitung auf die Rotation der Einheiten** wirkt sich negativ auf den moralisch-psychischen Zustand der Kämpfer der 28. Brigade aus. Nach vorliegenden Informationen haben Einwohner von Kurachowo mündlich beim Brigadekommando im Zusammenhang mit dessen Toleranz für Aktivitäten der Untergebenen Protest geäußert. Die Einwohner sind über den Verkehr von Kämpfern und Alkohol- und Drogeneinfluss in der Ortschaft empört. Am 28. Mai hat eine Gruppe solcher Soldaten das Lebensmittelgeschäft „Olenka“ ausgeraubt und dabei eine Ecke des Gebäudes mit einem Schützenpanzer gerammt. Ein ähnlicher Fall des Zufügens von Schaden gegenüber der örtlichen Bevölkerung ereignete sich im Gebiet von Chlebodarowka. Sogenannte ukrainische „Verteidiger“, die mit einem KrAS-Auto fahren, verursachten einen Verkehrsunfall mit einem zivilen Fahrzeug. Nach den Worten von Augenzeugen kam der militärische KrAS von der Straße ab, rammte zwei am Rand stehende Autos und floh danach vom Ort des Vergehens.

Unsere Aufklärung hat Informationen erhalten, dass Einheiten für informationspsychologische Operationen der Ukraine **informationspropagandistische Aktionen vorbereiten, die darauf ausgerichtet sind, die Zivilbevölkerung einzuschüchtern**, um in der Folge das Prestige der ukrainischen Streitkräfte zu erhöhen.

So verbreiten nach uns vorliegenden Informationen derzeit Vertreter einer taktischen Gruppe des Zentrums für Spezialoperationen „Ost“ Gerüchte unter den Einwohnern von Konstantinowka, Tschasow Jar und Drushkowka über die Vorbereitung möglicher Diversionen von Seiten der DVR unter Einsatz von Drohnen und selbstgebauten Sprengeinrichtungen an Objekten der zivilen Infrastruktur – Eisenbahnstationen, Brücken und Orte mit großen Menschenansammlungen.

Mehr noch, um den verbreiteten Gerüchten Glaubwürdigkeit zu verleihen, zieht das ukrainische Kommando Mittel der Luftabwehr und der elektronischen Kriegsführung, die für die Gewährleistung des Schutzes vorgesehen sind, vom Dienst an kritisch wichtigen Objekten ab.

Für die Bevölkerung erklärt man diese Handlungen mit der Notwendigkeit des Abzugs von Militärtechnik aus Ortschaften, um die Gefahr schädlicher Strahlen der Mittel der elektronischen Kriegsführung oder eine mögliche Detonation von Munition der Luftabwehrmittel zu verringern.

Es ist anzumerken, dass in den genannten Ortschaften **Vertreter der ukrainischen Fernsender „Unian“, „Ukraina“ und ICTV“ arbeiten, um inszenierte Reportagen mit Interviews örtlicher Einwohner zu drehen**, wobei die Aufmerksamkeit auf deren Befürchtungen über in Vorbereitung befindliche „Terrorakte“ gelenkt wird.

In Konstantinowka, Tschasow Jar und Drushkowka wachsen jetzt panische Stimmungen aufgrund der Gefahr für Leben und Gesundheit ukrainischer Bürger durch mögliche Diversionsakte.

Wir teilen offiziell mit – die Einheiten der Volksmiliz führen keinen Krieg gegen unbewaffnete friedliche Einwohner, sie setzen keine Taktik des Terrors ein und schießen nicht auf Wohngebiete von Ortschaften wie dies die ukrainischen Kämpfer tun, die unsere Häuser beschießen und sich hinter dem Rücken von friedlichen Menschen und Kindern verstecken. Es ist nicht ausgeschlossen, dass der nächste Schritt der ukrainischen Propagandisten ein angeblicher Aufruf von Einwohnern an das Kommando der ukrainischen Streitkräfte sein wird mit der Bitte, die Technik und dem Vorwand des Schutzes zurückzubringen, um dann die Materialien in den Massenmedien zu veröffentlichen.

In der letzten Woche betrogen die nicht kampfbedingten Verluste in der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ drei Tote und 34 Verletzte:

Am 26. Mai wurden 20 Kämpfer, darunter vier aus der 57. Brigade, sechs aus der 54. Brigade und zehn aus dem 32. Raketenartillerieregiments infolge von nicht ordnungsgemäßen gegenseitigen Beziehungen unterschiedlich schwer verletzt;

am 27. Mai wurden in der 128. Brigade in der Folge eines Streits die zwei Soldaten Feldwebel S.W. Filiptschenko und Soldat M.W. Pawlenko verletzt, außerdem kamen acht Kämpfer wegen Alkoholvergiftung ins Krankenhaus und einer starb daran.

Am 28. Mai wurde in der 28. Brigade der Unterfeldwebel W.N. Limborskij von Kameraden ermordet;

am 29. Mai wurde in der 128. Brigade der Soldat A.W. Borowkin auf einem Übungsplatz im Gebiet von Anadol bei Schießübungen infolge von unvorsichtigem Umgang mit der Waffe tödlich verletzt.

In den letzten 24 Stunden betrug im Verantwortungsbereich der 24. Brigade die nicht kampfbedingten Verluste des Gegners zwei Verletzte. Kämpfer, die sich auf einem Stützpunkt des 2. Bataillons der 1. Kompanie im Gebiet von Nowoluganskoje befanden, eröffneten das Feuer mit Maschinenpistolen auf fünf sich bewegende Silhouetten, die sie für eine Diversionsgruppe des Gegners hielten. Während eines Schusswechsels wurden Strafsoldaten aus dem 131. Aufklärungsbataillon schwer verletzt – der Soldat R.I. Starowerow und der Feldwebel W.L. Prjadko.

In den letzten beiden Tagen betrug die kampfbedingten Verluste des Gegners im Ergebnis von erwidertem Feuer unserer Verteidiger mit nicht verbotenen Arten von Waffen vier Tote und acht Verletzte.

Am 29. Mai starb im Gebiet von Nowgorodskoje ein Kämpfer an seinen Verletzungen, zwei weitere wurden verletzt, im Gebiet von Nowotroizkoje wurden zwei verletzt und die Feuerstellung einer 120mm-Mörsermannschaft wurde vernichtet.

Am 30. Mai starben drei, vier wurden verletzt, es wurden Feuerstellungen von zwei Mannschaften von Mörsern des Kalibers 120mm im Gebiet von Awdejewka unterdrückt.

de.sputniknews.com: **Nur mit Sondergenehmigung: Kosovo führt neue Handelshemmnisse gegen Serbien ein**

Das Kosovo hat neue Handelshemmnisse für die Einfuhr von landwirtschaftlichen und industriellen Waren aus dem Nachbarland Serbien eingeführt. Nach einer Verordnung der Regierung müssen beigelegte Bescheinigungen künftig ausdrücklich die Republik Kosovo als Bestimmungsort angeben und Transportfahrzeuge aus Serbien eine Sondergenehmigung haben.

Die derzeitige kosovarische Regierung von Ministerpräsident Albin Kurti hatte die Strafzölle von 100 Prozent, welche die Vorgängerregierung Ende 2018 eingeführt hatte, abgeschafft. Zugleich behielt sie sich vor, Handelshemmnisse auf der Grundlage der Gegenseitigkeit gegen Serbien zu verhängen, was nun geschieht.

Serbien lässt Fahrzeuge mit Kennzeichen der Republik Kosovo grundsätzlich nicht ins Land. Umgekehrt durften bislang Fahrzeuge mit serbischen Kennzeichen ungehindert in den Kosovo fahren. Frachtpapiere und Zertifikate für den Warenverkehr enthielten bislang neutrale Bestimmungsbezeichnungen, die den völkerrechtlichen Status des Kosovo nicht berührten.

Einem Bericht des serbischen Fernsehens RTS zufolge verwehrt kosovarische Grenzbeamte am Sonntag einem serbischen Lastwagen unter Berufung auf die neuen Bestimmungen die Einreise. Serbiens Außenminister Ivica Dacic bezeichnete die neuen Maßnahmen Pristinas als völlig inakzeptabel. Serbien werde sich dadurch nicht zwingen lassen, Kosovo als Staat anzuerkennen, erklärte er.

Das Kosovo hatte bis zu seiner Unabhängigkeitserklärung 1999 zu Serbien gehört. Serbien erkennt den heute fast ausschließlich von Albanern bewohnten Staat nicht an.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32725/72/327257247_0:120:3466:1994_1000x0_80_0_1_5032c7a7f16784dbdcd0f20dc5dcff81.jpg.webp

deutsch.rt.com: **Trump: CNN gibt Russland Schuld an Protesten, weil sie China nicht beschuldigen können**

Angesichts der Unruhen in den USA hat ein CNN-Gast angedeutet, dass Russland für diese verantwortlich sein könnte. Daraufhin machte Präsident Trump die "kranken Verlierer" des Senders für ihre "Russiagate-Besessenheit" lächerlich.

Der Vorsitzende einer zivilgesellschaftlichen Organisation und ehemalige Bürgermeister von New Orleans, Marc Morial, deutete CNN gegenüber an, dass die Unruhen in Minneapolis von russischen Agenten und "weißen Rassisten" provoziert worden seien.

„Jetzt geht's wieder los“, twitterte Trump prompt am Samstag. "Fake-News CNN gibt RUSSLAND, RUSSLAND, RUSSLAND die Schuld. Das sind kranke Verlierer mit SEHR schlechten Einschaltquoten! P.S. Sie können China nicht beschuldigen, weil sie das Geld brauchen?“

Morial ist nicht der erste Kommentator, der über eine Einmischung Moskaus spekuliert. Damit möchte er wahrscheinlich davon ablenken, dass die Handlungen des Polizeibeamten und mutmaßlichen Mörders von George Floyd, Derek Chauvin, die Ausschreitungen ausgelöst haben. Am Freitag, als Demonstranten in der Stadt Minnesota Geschäfte plünderten und Polizeistationen in Brand setzten, überschwemmten zahlreiche Kommentare die sozialen Medien mit diversen mutmaßlichen Kreml-Verschwörungen.

Auch Spitzenbeamte des US-Bundesstaates Minnesota spekulieren über das Zutun von außen. Gouverneur Tim Walz beschuldigt weiße Rassisten und Drogenkartelle, die Gewalt angefacht zu haben. Der Bürgermeister von Minneapolis, Jacob Frey, der Bürgermeister von St. Paul, Melvin Carter, und der Generalstaatsanwalt von Minnesota, Keith Ellison, deuten ebenfalls die Beteiligung externer Kräfte an den Unruhen an.

Die politisch Verantwortlichen standen in den letzten Tagen in der Kritik wegen der Ausschreitungen. Insbesondere Bürgermeister Jacob Frey wurde von Präsident Trump wegen seines offensichtlichen Versagens, "hart durchzugreifen und zu kämpfen", ins Visier genommen, nachdem seine Polizisten angesichts der Randalierer zwei Polizeireviere verlassen mussten.

Auch Trump beschuldigt Provokateure, die Gewalt zu lenken. Anstatt jedoch den Kreml dafür verantwortlich zu machen, hat Trump die "Antifa und die radikale Linke" im Visier. Sein Generalstaatsanwalt William Barr scheint dem zuzustimmen. Auf einer Pressekonferenz am Samstag klagte er "Radikale und Agitatoren von außerhalb", "die Situation auszunutzen, um ihre eigene separate und gewalttätige Agenda zu verfolgen" an.

„Die Gewalt wird von anarchischen und linksradikalen Gruppen geplant, organisiert und vorangetrieben“, behauptete Barr.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2020.05/article/5ed373d8b480cc2ff8458f83.jpg>

de.sputniknews.com: **Ukrainische Raketentests zielen auf Einschüchterung der Krim-Bevölkerung ab – Abgeordneter**

Der Abgeordnete des russischen Unterhauses Ruslan Balbek hat die jüngsten ukrainischen Tests der Marschflugkörper „Neptun“ kommentiert, die auf dem Testgelände Alibej in der Schwarzmeerregion Odessa durchgeführt worden waren.

Kiew habe die Idee einer gewaltsamen Rücknahme der Schwarzmeeralbinsel bislang nicht aufgegeben und aktiv an der Verbesserung seiner Angriffswaffen gearbeitet, äußerte Balbek gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Novosti. Enttäuscht von der Wirksamkeit der westlichen Sanktionen, die gegen Russland verhängt worden waren, habe die Ukraine ihre Taktik geändert und versucht, die Bevölkerung der Halbinsel Krim mit ukrainischen Waffen einzuschüchtern:

„Wir sehen, dass die Ukraine alle Produktionskapazitäten für die Herstellung von Angriffsraketen eingesetzt hat. Die Durchführung von Marschflugkörperntests zu einer Zeit, in der Kiew von Friedfertigkeit und den Sorgen um das Wohl ‚seiner‘ auf der Krim lebenden Bürger spricht, ist eine eklatante Lüge und unverschämter Zynismus“, sagte er.

„Dies ist eine Taktik der Einschüchterung der Krim-Bevölkerung (indem sie sagen): ‚Schaut mal, unsere Raketen werden sowohl die Krim-Brücke als auch industrielle und strategische Objekte der Halbinsel erreichen‘“, so der Parlamentarier.

Gleichzeitig zeigte er sich davon überzeugt, dass die russischen Truppen jedes Ziel, das die Halbinsel Krim gefährden würde, entdecken und vernichten können.

Kiew gibt erfolgreiche Raketentests bekannt

Zuvor hatte der ukrainische staatliche Rüstungskonzern „Ukroboronprom“ erfolgreiche Tests von zwei Marschflugkörpern „Neptun“ bekanntgegeben. Die Anti-Schiffs-Raketen hätten die Ziele getroffen, die 85 beziehungsweise 100 Kilometer von der Küste entfernt gewesen seien, teilte der Chef des zu „Ukroboronprom“ gehörenden Konstruktionsbüros „Lutsch“ (dt. „Strahl“), Oleg Korosteljow, gegenüber der Nachrichtenagentur des ukrainischen Verteidigungsministeriums ArmijaInform am Freitag mit. Die Versuche seien auf dem Testgelände Alibej in der Schwarzmeerregion Odessa durchgeführt worden.

Im Juli 2019 hatte der ehemalige Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine Oleksandr Turtschynow behauptet, die Marschflugkörper „Neptun“ könnten die von Russland gebaute Krim-Brücke in wenigen Minuten zerstören.

In Reaktion darauf äußerte der Chef der russischen Liberaldemokratischen Partei (LDPR), Wladimir Schirinowski, der ukrainische Staat würde in diesem Fall aufhören, zu existieren.

Marschflugkörper R-360 „Neptun“

Laut Beobachtern handelt es sich bei dem bodengestützten Marschflugkörper R-360 „Neptun“ um eine Weiterentwicklung des sowjetischen Seezielflugkörpers Ch-35 (Nato-Code: SS-N-25 Switchblade) aus den 1980ern.

Er war auf Basis der sowjetischen Rakete Ch-35 entwickelt worden. Das Gewicht seines Sprengkopfes beträgt 150 Kilogramm. Nach Angaben des Herstellers soll die Rakete in einer Höhe von drei bis maximal zehn Metern über dem Meeresspiegel fliegen und eine Geschwindigkeit von 900 Stundenkilometern erreichen; ihre Reichweite beläuft sich auf 280 Kilometer.

Mil-Inr.info: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurde **in den letzten 24 Stunden kein Beschuss** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Nach uns vorliegenden Informationen aus Materialien eines Berichts der Kommandeurs der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ Romigajlo an den Kommandeur der OOS Krawtschenko wird mitgeteilt, das es in der letzten Woche keine nicht kampfbedingten Verluste gab, dabei wurde auf zwei Tote und fünf Verletzte in der Folge von erwidern den Handlungen der Volksmiliz der LVR zur Unterdrückung von Feueraktivitäten der ukrainischen Streitkräfte verwiesen.

Tatsächlich betrug im Zeitraum vom 25. bis 31. Mai die Zahl der Verluste an Personal der ukrainischen Streitkräfte 39, darunter 12 Tote und 20 Verletzte.

Unter den Toten sind sieben nicht kampfbedingte Verluste in der 24., 25. und 93. Brigade, zwei infolge von adäquaten erwidern den Handlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR zur Unterdrückung von Feueraktivitäten einer Mörsermannschaft der 93. Brigade der BFU, die am Abend des 28. Mai Prischib beschoss, außerdem **starben 12 Personen im 59.**

militärmedizinischen Hospital in Sewerordonezk infolge von Coronavirusinfektionen.

Sie hat der Kommandeur Romigajlow gar nicht erwähnt, er hält dieses Soldaten für Problem der militärmedizinischen Abteilung.

Im selben Zeitraum erlitten 17 Kämpfer der 24., 25., 30. und 93. Brigade und einer gemischten Abteilung einer taktische Gruppierung des operativen Zentrums für Spezialoperationskräfte „Nord“ (zuvor 8. Regiment für Spezialoperationskräfte der ukrainischen Streitkräfte) nicht kampfbedingte Verletzungen, außerdem wurden weitere drei bei Kampfhandlungen verletzt, sie kommen aus der o.g. Mörsermannschaft der 93. Brigade....

Das Kommando der Stabs der OOS hat eine Reihe von Provokationen gegen Mitarbeiter der OSZE-Mission geplant und führt diese schon durch, Ziel ist die Senkung von deren Aktivität zur Aufdeckung von Verstößen bei der Stationierung von Waffen und Militärtechnik sowie Beschüssen.

So hat der Kommandeur der 24. Brigade Guds nach dem gestrigen Beschuss einer OSZE-Patrouille im Gebiet von Molodjoshnoje durch Kämpfer der 30. Brigade, den Instruktionen folgend, den Kommandeur des 3. Bataillons angewiesen, Provokationen gegen Mitarbeiter OSZE unter Einsatz einer Kampfdrohne zu organisieren, um dann die Volksmiliz der LVR des Angriffs auf die Mitarbeiter der Mission zu beschuldigen.

Der Bataillonskommandeur erwies sich an der Behinderung der Arbeit der Beobachter der Mission in seinem Verantwortungsbereich interessiert, weil er nach der Veröffentlichung von Informationen am 29. Mai über das Abfangen einer Drohne des 3. Bataillons der 24. Brigade mit einem installierten Datenträger durch Soldaten der Volksmiliz der LVR unter Einsatz einer Komplexes „Triton M-1“ die Anweisungen erhalten hatte, zwei Schützenpanzer und ein Abwehrgeschütz „Osa“ in das Gebiet von Troizkoje zu verlegen und zusätzliche Beobachtungsposten für die Lage in der Luft zu stationieren, um zu verhindern, dass die OSZE-Mission Technik und Ausrüstung von Positionen mit Hilfe einer Drohne entdeckt. Die

Beobachter haben Anweisungen erhalten, Drohnenflüge nicht zuzulassen und OSZE-Drohnen zu vernichten, falls sie nicht blockiert werden können. ...

de.sputniknews.com: **„Crew Dragon“ an die ISS angedockt**

Die „Crew Dragon“-2-Raumkapsel mit den Nasa-Astronauten Bob Behnken und Douglas Hurley an Bord ist am 31. Mai an die ISS angedockt. Dies teilt die US-Raumfahrtbehörde Nasa mit.

Nach rund 20 Stunden Flug mit der „Crew Dragon“-Raumkapsel sind zwei US-Astronauten an der Raumstation ISS angekommen.

Behnken und Hurley sollen rund einen Monat an Bord der ISS bleiben - gemeinsam mit ihren bereits dort stationierten Kollegen, dem US-Raumfahrer Christopher Cassidy und den beiden russischen Kosmonauten Anatoli Iwanischin und Iwan Wagner, die im Oktober zur Erde zurückkehren sollen.

Der „Crew Dragon“ war am Samstag mit einer „Falcon 9“-Rakete vom Weltraumbahnhof Cape Canaveral im US-Bundesstaat Florida aus gestartet. Es war das erste Mal seit neun Jahren, dass Astronauten von den USA aus zur ISS starteten - und der erste bemannte Start der Nasa in Zusammenarbeit mit einem privaten Raumfahrtunternehmen.

abends:

de.sputniknews.com: **„Unzumutbare Härte“: Moskau reagiert auf Pfefferspray-Einsatz gegen Journalisten in USA**

Moskau hält das gezielte Sprühen von Pfefferspray ins Gesicht eines Korrespondenten der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti in der US-Stadt Minneapolis für unzumutbare Härte.

Die US-Polizei habe Spezialmittel gegen Medienvertreter nach Vorlage eines Presseausweises eingesetzt, was laut dem russischen Außenministerium inakzeptabel ist.

„Wir sind besorgt über die immer häufigere Polizeigewalt und ungerechtfertigten Festnahmen von Journalisten während ihrer Berichterstattung über Proteste in den Vereinigten Staaten, die nach dem Tod von George Floyd ausgebrochen sind. Wir halten es für inakzeptabel, dass US-Strafverfolgungsbehörden nach Vorlage eines Presseausweises Spezialmittel - Gummigeschosse und tränenreizende Aerosole – gegen Medienvertreter einsetzen“, so die Erklärung des Außenministeriums.

„Insbesondere betrachten wir das gezielte Sprühen von Pfefferspray durch Polizeibeamte aus Minneapolis ins Gesicht des Korrespondenten der RIA Novosti Mikhail Turgijew – obwohl er als Journalist identifiziert wurde – als Ausdruck unzumutbarer Härte“.

Es sei unzulässig, dass Medienpersonal bei der Erfüllung seiner beruflichen Pflichten von Strafverfolgungsbeamten angegriffen werde.

„Wir erinnern die US-Behörden an ihre internationalen Verpflichtungen zur Gewährleistung der Sicherheit und ungehinderten Aktivitäten von Journalisten sowie der Meinungsfreiheit und des gleichberechtigten Zugangs zu Informationen für alle“, betonte das russische Außenministerium.

„Wir gehen davon aus, dass die zuständigen amerikanischen Behörden eine gründliche Untersuchung der Vorfälle durchführen werden. Wir fordern die einschlägigen internationalen Strukturen und Menschenrechts-Nichtregierungsorganisationen auf, auf diese Willkür angemessen zu reagieren“, so das Ministerium.

Zuvor hatte die Polizei von Minneapolis absichtlich Tränenspray gegen Journalisten eingesetzt – betroffen waren der Korrespondent der RIA Novosti Mikhail Turgijew und ein Mitarbeiter des Fernsehsenders VICE. Im Netz tauchte ein Video auf, das den Vorfall

dokumentiert.

Proteste nach Tod von Afroamerikaner

Am Vortag hatte die amerikanische Nationalgarde in Minneapolis Tränengas gegen Demonstranten an einer Tankstelle eingesetzt, um der Feuerwehr den Weg frei zu machen. Minneapolis und weitere US-Städte sind nach dem Tod des Schwarzen Floyd Schauplätze von Protesten und auch Gewalt. Floyd war am Montag bei einem Polizeieinsatz in Minneapolis ums Leben gekommen. Alle vier an dem Einsatz beteiligten Polizisten wurden entlassen, einer von ihnen wurde wegen fahrlässiger Tötung angeklagt. Bei ihm handelt es sich um den weißen Polizisten, der sein Knie minutenlang auf den Hals Floyds gedrückt hatte. Floyd hatte mehrfach um Hilfe gefleht, bevor er das Bewusstsein verlor, wie ein Video festgehalten hatte. Der 46-jährige Schwarze wurde bei seiner Ankunft im Krankenhaus für tot erklärt. Die Untersuchungen gegen die drei anderen Polizisten dauern an.

de.sputniknews.com: Trump kündigt an: USA erklären Antifa bald zur Terrororganisation

US-Präsident Donald Trump hat am Sonntag per Twitter angekündigt, dass die USA die Antifa bald zur Terrororganisation erklären würden.

Trump hatte zuvor die „Antifa und die gewalttätige Linke“ beschuldigt, verantwortlich für die sich in den USA immer weiter ausbreitenden Proteste zu sein.

Minneapolis und weitere US-Städte sind nach dem Tod des Afroamerikaners Floyd Schauplätze von Protesten und auch Gewalt. Floyd war am Montag bei einem Polizeieinsatz in Minneapolis ums Leben gekommen. Alle vier an dem Einsatz beteiligten Polizisten wurden entlassen, einer von ihnen wurde wegen fahrlässiger Tötung angeklagt. Bei ihm handelt es sich um den weißen Polizisten, der sein Knie minutenlang an den Hals Floyds gedrückt hatte. Floyd hatte mehrfach um Hilfe gefleht, bevor er das Bewusstsein verlor, wie ein Video festgehalten hatte. Der 46-jährige Afroamerikaner wurde bei seiner Ankunft im Krankenhaus für tot erklärt. Die Untersuchungen gegen die drei anderen Polizisten dauern an.